

Donau-Post

Regensburger Zeitung · Wörther-Falkensteiner Zeitung

Nummer 160

Kamillus v. Lellis, Roland – Samstag, 14. Juli 2018 – Karolina Utriainen

1,70 € / B 2458 A

LOKALES

Bauausschuss Wörth billigt Plan für senioren-gerechte Wohnanlage 17

REGIONALES

Noro-Virus-Erkrankungen stoppen Kreuzfahrtschiff bei Passau 13

DIE SEITE DREI

Demografischer Wandel: Wieder weniger Geburten und mehr Sterbefälle

WIRTSCHAFT

Angst vor Strafzöllen treibt Handel zwischen USA und China an 7

SPORT

Exklusiv-Interview mit Gernot Rohr zum Finale der Fußball-WM 49

Rentenpaket der Koalition soll Armut im Alter verhindern

Heil stellt Gesetzentwurf vor – Mütterrente und Hilfen für benachteiligte Gruppen kosten 30 Milliarden Euro

Berlin. (bju/dpa) Mehr Rente für Mütter und krankheitsbedingte Frührentner sowie eine Entlastung für Geringverdiener – Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat das Rentenpaket der Bundesregierung vorgestellt. „Nach einem Leben voller Arbeit soll man im Alter ordentlich abgesichert sein“, sagte Heil. Kosten soll sein Rentenpaket bis zum Jahr 2025 rund 30 Milliarden Euro. Heil schickte sein Rentenpaket in die Abstimmung der Regierung. Die Union signalisierte Zustimmung. Das Gesetz soll ab 1. Januar 2019 gelten.

Viele Menschen fragten sich: „Reicht meine Rente später für ein gutes Leben?“, so Heil. „Mein Ziel ist es, dass wir dieses Kernversprechen des Sozialstaats jetzt erneuern.“ Die gesetzliche Rente müsse die zentrale Säule der Alterssicherung bleiben. Diese Verlässlichkeit sei auch wichtig als Reaktion auf „politische Scharlatane“, sagte Heil mit Blick auf die AfD, die derzeit um ein Rentenkonzept ringt.

Teuerster Posten ist die verbesserte Mütterrente, die allein rund 26 Milliarden Euro kostet. Wer künftig wegen Krankheit in Frührente gehen muss, soll so gestellt werden, als hätte er bis zum normalen Rentenalter gearbeitet. Mit dem Prinzip der sogenannten „doppelten Haltelinie“ will Heil garantieren, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent eines Durchschnittslohns sinkt, während der Beitragsatz nicht über 20 Prozent des Einkommens steigt. Droht die Haltelinie

nie überschritten zu werden, soll der Steuerzahler einspringen. Dazu sollen bis 2025 acht Milliarden Euro in einen Demografiefonds fließen.

Für die Union signalisierte Sozialexperte Peter Weiß (CDU) generelle Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf. Mit dem Rentenpaket würden „wichtige Punkte aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht“. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßte das Konzept. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, der automatische Renten-Sinkflug werde damit gestoppt.

Kritik kommt dagegen von Arbeitgeberverbänden, aus der FDP und von Rentenexperten. So sagte der Freiburger Sozialwissenschaftler Stefan Seuffert, der Mitglied der „Rentenkommission der jungen Generation“ ist, unserer Zeitung: „Die Bundesregierung macht es sich leicht, wenn sie nach dem Gießkannenprinzip konsensfähige Geschenke verteilt.“ Es sei nichts gegen mehr Geld für die Alterssicherung einzuwenden. Weil aber die junge Generation „die Zeche bezahlen wird“, müsse diese für ihre Interessen eintreten, forderte Seuffert.

Auch der Rentenexperte Johannes Geyer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin kritisierte gegenüber unserer Zeitung das Rentenpaket: „Es löst keine der großen Fragen des demografischen Wandels.“ Die doppelte Haltelinie nennt Geyer eine „Wette auf die Zukunft“, die bei schwacher Konjunktur den Steuerzahler teuer zu stehen komme. ▶ Seite 5



TRUMP BELASTET DIE BESONDEREN BEZIEHUNGEN MIT GROSSBRITANNIEN SCHWER: Das einstige Mutterland ist not amused: Donald Trump mischt sich einseitig in die hitzige Brexit-Debatte ein und düpiert die ohnehin angeschlagene Premierministerin. Versuche, den Graben im „besonderen Verhältnis“ beider Länder zu kaschieren, erscheinen halbherzig. Foto: dpa

▶ Seite 4

„Der Mensch Stautner wird fehlen“

Schulamtsdirektor für Stadt und Landkreis in Ruhestand verabschiedet

Regensburg. Rund 140 geladene Gäste verabschiedeten am Donnerstag Heribert Stautner nach 14 Jahren äußerst erfolgreicher Arbeit an der Spitze des staatlichen Schulamtes für Stadt und Landkreis Regensburg in den Ruhestand.

Thomas Unger, Bereichsleiter der Schulabteilung der Regierung der Oberpfalz lobte Stautner für seine „herausragende Fachkompetenz“, eine aufrechte und engagierte Amtsführung und die Tatsache, dass er immer für die Schüler da gewesen sei.

Stautners Stellvertreter im Amt, Schulamtsdirektor Clemens Sieber, sagte, „der Mensch Stautner wird uns sehr fehlen“. Er habe als Amtsleiter einen wertvollen Beitrag zum Aufbau einer Haltung beigetragen, zu einer Kultur der Nachdenklichkeit und zu einem Stil des Dialogs.

In seinen Abschiedsworten freute sich Stautner sehr auf „neue, ungewohnte Freiheiten und Freiräume“



Zusammen mit Camilla Schneider und Petra Wolf gab Heribert Stautner einen musikalischen Abschiedsgruß zum Besten. Foto: Hossfeld

und er bestätigte ein weiteres Mal die menschlichen Qualitäten, die ihm fast zwei Stunden lang bescheinigt worden waren: Er richtete einen Gruß an den suspendierten Re-

gensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs, mit dem er lange Zeit im Rahmen seiner Tätigkeit verbunden war. Spontaner Applaus war der Dank für diese Geste.

▶ Seite 5

WETTER

Heute



27 | 12

Morgen



28 | 16

Ausführliches Wetter ▶ Seite 14

Rätsel ▶ Seite 12

Kindernachrichten ▶ Seite 44

TV-Programm ▶ im Magazin

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09482/940 710



Vertriebsservice • 09421/940 6400

Mehr Polizisten in Bayern angegriffen

Jahresbilanz: Beleidigungen, Körperverletzungen und 14 versuchte Tötungen

Regensburg/Nürnberg. (ks) Seit Jahren wachsen Aggression und Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten. Auch das vergangene Jahr hat da keine Ausnahme gemacht: In Bayern wurden mehr als 16500 Beamte körperlich oder verbal angegriffen – 80 Betroffene mehr als 2016, wie Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Freitag sagte. In Ostbayern waren besonders brutale Fälle zu verzeichnen.

„Erschreckend ist, dass im vergangenen Jahr 14 versuchte Tötungsdelikte erfasst wurden“, sagte Herrmann. Ihm bereite die Entwicklung große Sorgen. „Ein solches Ausmaß an Hass und Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte ist abso-

lut inakzeptabel.“ Im Januar 2018 seien etwa in Regensburg, Amberg und Schwandorf an nur einem Wochenende „etliche Polizeibeamte brutal angegriffen und verletzt worden“, sagte Herrmann. Zwei mussten ins Krankenhaus.

Der Regensburger Polizist Ferdinand Prösl berichtete von einem Angriff im August 2017: Ein Dieb habe sich gegen seine Festnahme gewehrt, auf Prösl und dessen Kollegen eingeschlagen. „Dann hat er mit den Füßen auf uns eingetreten. Mich traf er im Gesicht“, er-

zählte der 32-Jährige. Er habe Prellungen im Gesicht und am Handgelenk davongetragen sowie Rückenprobleme. Insgesamt gab es 2017 in der Oberpfalz 607 Angriffe auf Polizisten. Die Fallzahl pro 100000 Einwohner stieg hier von 48 auf 55. In Niederbayern ging sie bei rund 600 Fällen von 52 auf 49 zurück. Der Bayernschnitt liegt bei 57.

Mehr als drei Viertel der etwa 6100 registrierten Verdächtigen waren schon zuvor polizeibekannt. Mehr als zwei Drittel hatten vor der Tat Alkohol oder Drogen konsumiert. Knapp 4400 waren Deutsche.

Archivfoto: dpa



Innenminister Herrmann ist besorgt.

Ex-Leibwächter von Bin Laden soll zurück

Berlin/Düsseldorf. (dpa) Die Abschiebung des Ex-Leibwächters von Al-Kaida-Anführer Osama bin Laden nach Tunesien soll nach einer Gerichtsentscheidung rückgängig gemacht werden. Das Flüchtlingsministerium Nordrhein-Westfalens kündigte daraufhin an, dass es zusammen mit der Ausländerbehörde der Stadt Bochum Beschwerde gegen den Verwaltungsgerichtsbeschluss einlegen werde.

Der von den Sicherheitsbehörden als islamistischer Gefährder eingestufte Sami A. war am Freitagmorgen in Begleitung von Bundespolizisten mit einer Chartermaschine von Düsseldorf aus in sein Heimatland geflogen worden. Am Donnerstag hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschieden, dass er vorerst nicht abgeschoben werden dürfe. ▶ Seite 5